

Die Sozialistische Fraktion, das Europäische Parlament und die Entwicklungshilfepolitik der Europäischen Gemeinschaft 1968-1975

Christian SALM

Am Ende der 1960er und in der ersten Hälfte der 1970er Jahre standen entwicklungspolitische Probleme weit oben auf der Agenda der UNO und der Europäischen Gemeinschaft (EG). Das Europäische Parlament (EP) hielt zu dieser Zeit zahlreiche Aussprachen über die Beziehungen der Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern ab. Während die Kluft zwischen reichen und armen Ländern immer tiefer wurde, entwickelte sich der Gemeinsame Markt zum größten und am schnellsten wachsenden Handelsplatz für Produkte aus Ländern der Dritten Welt. Innere wie äußere Veränderungen stellten jedoch das eng ausgelegte System der EG-Entwicklungshilfepolitik, das bisher nur durch das 1964 in Kraft getretene und 1969 erneuerte Jaunde-Abkommen achtzehn assoziierte Afrikanische Staaten und Madagaskar (AASM-Staaten) umfasste, in Frage.¹

Intern rückte der Beitritt Großbritanniens zur EG die dem Commonwealth angehörenden Entwicklungsländer in den Fokus der europäischen Politik. Um auch diese Länder in ein entwicklungs-politisches System einzubeziehen, verhandelte die erweiterte EG ab 1973 mit 46 Staaten aus Afrika, dem Karibik- und Pazifikraum (AKP-Staaten) über ein neues Abkommen.² Das 1975 daraus hervorgegangene Abkommen von Lomé ersetzte das Jaunde-Abkommen und steckte einen neuen Strukturrahmen für die EG-Hilfeleistungen und die Handelsbeziehungen zwischen der EG und den nunmehr 46 Entwicklungsländern ab.³

Außerhalb der EG machte sich der von den Entwicklungsländern im Zuge der Dekolonisierung gewonnene Einfluss in den internationalen Politikarenen bemerkbar.⁴ Das neue politische Selbstbewusstsein der Entwicklungsländer wurde vor allem durch die Gruppe der 77 Entwicklungsländer (G-77) demonstriert, die sich 1964 im Rahmen der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD-Konferenz) zusammengeschlossen hatte und das Ziel verfolgte, gemeinsam die Interessen der Länder des Südens zu fördern. Als Produzenten von wichtigen Grunderzeugnissen und Rohstoffen sowie die Rivalität zwischen den sich im Kalten Krieg gegenüberstehenden

1. Vgl. R. MARWOOD, *The European Community and the Third World: A Global or a Regional Development Policy?*, in: *Millennium – Journal of International Studies*, 3(1974), S.208-224, hier S. 208.
2. Vgl. z.B. M. LISTER, *The European Community and the Developing World*, Avebury, Aldershot, 1988, S.74 ff.
3. Vgl. L. DRIEGHE, J. ORBIE, *Revolution in Time of Eurosclerosis. The Case of the First Lomé Convention*, in: *L'Europe en formation*, 353-354(2009), S.167-181, hier S.169.
4. Vgl. T. B. OLESEN, *Between Words and Deeds. Denmark and the NIEO Agenda, 1974-1982*, in: H. Ø. PHARO, M. POHLE FRASER (Hrsg.), *The Aid Rush. Aid Regimes in Northern Europe during the Cold War*, vol.1, Oslo Academic Press, Oslo, 2008, S.145-182, hier S.147.

den zwei Supermächten ausnutzend, versuchten die Entwicklungsländer, die Wirtschaftsbeziehungen zu ihren Gunsten zu verbessern.⁵

Der überwiegend wirtschaftspolitische Dialog zwischen Industrie- und Entwicklungsländern – der sogenannte Nord-Süd-Dialog – wurde durch die Forderung des Südens nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung mit reformierten globalen Handelsbeziehungen geprägt.⁶ Konturen eines solchen Konzepts hatte die G-77 erstmals im Rahmen der ersten beiden UNCTAD-Konferenzen 1964 in Genf und 1968 in Neu-Delhi vorgestellt.⁷ Einen entsprechenden offiziellen Forderungskatalog legte die G-77 bei der dritten UNCTAD-Konferenz 1972 in Santiago de Chile vor.⁸ Zu dessen Kernpunkten gehörten die Anhebung und Stabilisierung von Rohstoffpreisen, die Reduzierung der Abhängigkeit von Importen durch systematische Industrialisierungspolitik, Verbesserung der wirtschaftlichen Infrastrukturen durch Kapital- und Wissenstransfers, die Diversifizierung der Exportproduktion sowie die Forderung nach einem erleichterten Zugang für Exportprodukte von Entwicklungsländern zu den Märkten der reichen Länder.⁹

Auch die Verhandlungen der EG mit den AASM-Staaten über die Fortführung des Jaunde-Abkommens sowie die Verhandlungen mit den AKP-Staaten, die zum Lomé-Abkommen führten, standen im Licht des Nord-Süd-Dialogs. Die im Lomé-Abkommen definierten Bereiche und Instrumente der wirtschaftlichen Zusammenarbeit erschienen vielen als Antwort auf die Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung der AKP-Staaten,¹⁰ die die Mehrheit der G-77 repräsentierten. Vor allem die vorgesehene Einrichtung eines Systems zur Stabilisierung der Exporterlöse (STABEX-System) sollte die Hoffnungen der AKP-Staaten auf eine neue Weltwirtschaftsordnung befriedigen.¹¹ Dieses System galt bei seiner Einführung als das bis dato am weitesten gehende Entwicklungspolitische Instrument, um dem Problem der Exporterlöse in den Entwicklungsländern zu begegnen und symbolisierte somit den innovativen Charakter des anvisierten Lomé-Abkommens.¹²

5. Vgl. G. GARAVANI, *The Colonies Strike Back: The Impact of the Third World on Western Europe, 1968-1975*, in: *Contemporary European History*, 16(2007), S. 299-319, hier S.313 ff.
6. Vgl. L. REYELS, *Die Entstehung des ersten Vertrags von Lomé im deutsch-französischen Spannungsfeld 1973-1975*, Nomos, Baden-Baden, 2008, S.95.
7. Vgl. M. LISTER, op.cit., S.79.
8. Vgl. L. REYELS, op.cit., S.96.
9. Vgl. UNCTAD, *The Elements of the Economic Order*, in: K.P. SAUVANT, H. HASENPFLUG (Hrsg.), *The New International Economic Order. Confrontation or Cooperation between North and South?*, Campus Verlag, Frankfurt, 1977, S.39-62.
10. Vgl. E.R. GRILLI, *The European Community and the Developing Countries*, Cambridge University Press, Cambridge/New York, 1993, S.35.
11. Vgl. M. LISTER, op.cit., S.59.
12. Vgl. L. DRIEGHE, J. ORBIE, op.cit., S.70; E. STETTER, *Die Assoziiierung der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) an die Europäische Gemeinschaft (EG) unter besonderer Berücksichtigung des Systems der Stabilisierung der Exporterlöse (STABEX-System)*, Diss. Heidelberg, 1980, S.1; L.J. BRINKHORST, *Lomé and Further*, in: F.A.M. ALTING VON GEUSAU, *The Lomé Convention and a New International Economic Order*, Sijthoff, Leyden, 1977, S.3-14, hier S.9.

Vor diesem Hintergrund diskutierte die EG mit großem Engagement die Frage über die Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Form ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern. Das EP behandelte in seinen Berichten und Aussprachen intensiv die verschiedenen Dimensionen einer künftigen EG-Entwicklungshilfepolitik.¹³ Auf der Tagesordnung des Parlaments standen das Vorgehen der Gemeinschaft bei den internationalen Konferenzen der UNCTAD 1968/1972, die Fortschritte bei den Verhandlungen über die Fortführung des Jaunde-Abkommens ab 1968 und die späteren, bis Ende 1975 andauernden, Verhandlungen über das Lomé-Abkommen. Darüber hinaus diskutierte das EP in der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung der EG mit den AASM-Staaten, wie die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen Industrie- und Entwicklungsländern verbessert werden konnte. In diesem Zusammenhang fertigte das EP eine Vielzahl von Berichten und Resolutionen an, die die europäische Entwicklungshilfepolitik hinsichtlich des Nord-Süd-Dialogs in den Blick nahmen. Das Ziel dieses Aufsatzes ist es deshalb, die Rolle des EPs bei der Entwicklungspolitischen Diskussion in der Gemeinschaft in den späten 1960er und den frühen 1970er Jahren zu charakterisieren. Trotz stark beschränkter Politikgestaltungs- und Mitwirkungsoptionen wie etwa die Vorfeldbeobachtung politischer europäischer Vorhaben und die Bewertung der Arbeit der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats war das EP bemüht, einen Beitrag zur Haltung der EG gegenüber den Entwicklungsländern zu leisten. Insbesondere versuchte das EP sich als moralische Kraft in die Diskussion um die neu auszugestaltende EG-Entwicklungshilfepolitik einzubringen und die Rolle einer Diskursmacht im EG-Ge-füge auszuüben.

Dies wird aus der Perspektive der Sozialistischen Fraktion (SF) des EPs gezeigt. Aufgrund ihrer internationalen Ursprünge und Traditionen empfanden die westeuropäischen Sozialisten und Sozialdemokraten eine besondere Verantwortung für die Situation der Länder auf der südlichen Welthalbkugel.¹⁴ Demzufolge stellte das Politikfeld EG-Entwicklungshilfe einen zentralen Bereich der transnationalen Zusammenarbeit der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der EG dar.¹⁵ Da die SF die am intensivsten transnational kooperierende Organisationseinheit im Gesamtgefüge der Zusammenarbeit der Sozialisten und Sozialdemokraten auf der europäischen Ebene darstellte,¹⁶ schien sie prädestiniert dafür, als Triebkraft für eine

-
13. Für einen Überblick der Berichte des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit siehe CARDOC Journals, *The Development Committees. Reports and resolutions of the various committees responsible for development cooperation from 1958 to 1999*, Veröffentlichung vom European Parliament Archive and Documentation Centre (CARDOC) Luxemburg, 7(2010), S.211 ff.
 14. Vgl. E.R. GRILLI, op.cit., S.3.
 15. Zu den Funktionen, Strategien und Aktivitäten der transnationalen Netzwerke der westeuropäischen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der EG-Entwicklungshilfepolitik in den 1970er Jahren siehe C. SALM, *Regional or Global? Political Networks of Socialist Parties in European Community Development Policy*, in: *Comparativ – Zeitschrift für Globalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung*, 20(2010), S.25-44.
 16. Vgl. N. GRESCH, *Zwischen Internationalismus und nationaler Machtbehauptung – Die Europäische Zusammenarbeit der Sozialdemokratischen Parteien*, in: *Europäische Schriften des Instituts für Europäische Politik*, Bonn, 1976, S.143-249, hier S.182.

Neugestaltung der EG-Entwicklungshilfepolitik im EP sowie auch über die Grenzen des EPs hinaus aufzutreten. Im Folgenden wird die parlamentarische Arbeit der SF bezüglich den UNCTAD-Konferenzen sowie den Verhandlungen der EG mit den AASM- bzw. AKP-Staaten zwischen eigenen Impulsen für eine verbesserte Ausgestaltung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der EG mit den Entwicklungsländer und einer konsensorientierten Vorgehensweise zur Stärkung der moralischen Kraft des EPs im Politikfeld EG-Entwicklungshilfe ausgelotet.

Die entwicklungspolitische Marschroute der Sozialistischen Fraktion

Die Einstellung, eine besondere Verantwortung für die wirtschaftliche und soziale Weiterentwicklung der Länder in der Dritten Welt zu haben, wurde durch die politischen Programmatiken vieler westeuropäischer sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien und Organisationen reflektiert. Bereits die Sozialistische Internationale (SI) als teilweise institutionalisiertes Meta-Netzwerk sozialistischer und sozialdemokratischer Parteien hatte bei ihrer Gründung 1951 Entwicklungshilfe auf ihre Agenda gesetzt.¹⁷ Um zu demonstrieren, dass Entwicklungshilfepolitik eine hohe Priorität für die Organisation darstellte, hielt die SI mit der Ratskonferenz in Haifa im Jahr 1960 erstmals ein Treffen der SI-Mitgliedsparteien außerhalb von Europa ab.¹⁸ Als in Folge der Dekolonialisierung der Nord-Süd-Dialog an Dynamik gewann, rief die SI Regierungen und internationale Organisationen dazu auf, den Forderungen der G-77 eine hohe Bedeutung beizumessen und diese in ihren Entwicklungshilfepolitiken zu berücksichtigen.¹⁹ Von ihren Mitgliedsparteien erwartete die SI, dass diese ihre politische Macht und ihren Einfluss dazu nutzten, um sich für die Forderungen der Entwicklungsländer wie etwa die Schaffung einer besseren finanziellen Grundlage für deren Exportprodukte einzusetzen. Zugleich erklärte die SI, die sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der EG in ihrem Vorhaben, auf nationaler und europäischer Ebene eine führende Rolle für die Verbesserung der Entwicklungshilfepolitik einzunehmen, zu unterstützen.²⁰

Die in Form eines Verbindungsbüros seit 1957 zusammengeschlossenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft stellten auf ihrem

-
17. Vgl. K.L. GÜNSCHE, K. LANTERMANN, *Kleine Geschichte der Sozialistischen Internationale*, Verlag Neue Gesellschaft, Bonn, 1977, S.128.
 18. Vgl. P. VAN KEMSEKE, *Towards an Era of Development. The Globalization of Socialism and Christian Democracy*, Leuven University Press, Leuven, 2006, S.256.
 19. Danish Labour Movement's Library and Archives (ABA) Kopenhagen, Socialist International (SI), Box 751, Circular No. 10/72, 09.06.1972, Minutes of the conference of the Council of the Socialist International, Helsinki, 25.05.1971.
 20. International Institute for Social History (IISH) Amsterdam, Socialist International Archives (SIA), Box 263, Report of the 12th Congress of the SI held in Vienna, 26.-29.06.1972.

sechsten Kongress, der am 17. und 18. September 1964 in Rom stattfand,²¹ den folgenden Grundsatz auf:

„Die Europäische Gemeinschaft muss den größtmöglichen Beitrag zum wirtschaftlichen und sozialen Aufbau der Entwicklungsländer leisten. Diese Verpflichtung muss zum zentralen Ziel der EWG-Außenwirtschaftspolitik und der EWG-Außenbeziehungen werden“.²²

Diesem Grundsatz folgend beauftragte die SF ihr französisches Fraktionsmitglied George Spénale einen Bericht über die Entwicklungshilfe und die Beziehungen der EWG zu den Entwicklungsländern und insbesondere zu den durch das Jaunde-Abkommen assoziierten afrikanischen Staaten zu erstellen. Nach Prüfung dieses Berichts nahm die SF im November 1967 eine Fraktionsrichtlinie an, die die Marschroute für ihre Politik auf diesem Gebiet in den kommenden Jahren vorgab. In ihrer Richtlinie definierte die SF als Hauptziel der Entwicklungshilfepolitik, dass die weniger entwickelten Länder ein Produktivitätsniveau erreichen sollten, das ihnen erlauben würde, sich aus eigener Kraft weiter zu entwickeln. Zu diesem Zweck sollten die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern verbessert und die Handelsbilanzdefizite der Entwicklungsländer reduziert werden.

Für eine Verbesserung der Handelsbeziehungen mit den Entwicklungsländern hatten die Vertreter der Europäischen Kommission sowie die Vertreter der Mitgliedstaaten bei der UNCTAD-Konferenz in Genf 1964 bereits erklärt, an einem Programm zur Stabilisierung von Grundstoffpreisen teilnehmen zu wollen.²³ Hieran anknüpfend richtete das EP im November 1965 eine Entschließung an die Gemeinschaft, Initiativen im Hinblick auf eine weltweite Organisation des Grundstoffhandels zu ergreifen, ob es sich nun um eine allgemeine Organisation der Märkte oder um die Organisation des Marktes für bestimmte Erzeugnisse handelte.²⁴ In Anlehnung an die Erklärung der EWG-Vertreter bei der Genfer UNCTAD-Konferenz sowie an die Entschließung des EPs forderte die SF in ihrer Fraktionsrichtlinie die Mitgliedstaaten

21. Zur Geschichte des Verbindungsbüros der sozialdemokratischen Parteien in der EG siehe S. HIX, U. LESSE, *Shaping a Vision. A History of the Party of European Socialists*, Veröffentlichung von Party of European Socialists, Brüssel, 2002, S. 11 ff. Bis zur ersten Erweiterung der EG 1973 waren die Mitgliedsparteien des Büros: Parti Socialiste Belge/Belgische Socialistische Partij (PS/SP); Section Française de l'Internationale Ouvrière (SFIO); Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD); Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI); Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois/Letzeburger Sozialistesch Arbechter Partei (POS/LSAP); und die niederländische Partij van de Arbeid (PvdA).
22. Grundsatz angeführt in der von der SF ausgearbeiteten fraktionseigenen Richtlinie zur EG-Entwicklungshilfepolitik von 1967: Historical Archives of EU (HAEU) Florenz, Groupe socialiste du Parlement européen (GSPE), GSPE-000006, Sozialdemokratische Europa Korrespondenz. Die Entwicklungshilfe und die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern und insbesondere zu den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar. Von der Sozialistischen Fraktion im EP ausgearbeitete Richtlinie, 12.11.1967.
23. Ibid.
24. Entschließung über die Ausweitung der Handelsbeziehungen zwischen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar, in: Europäisches Parlament. Verhandlungen (Ausgabe in deutscher Sprache), Nr. 82, Sitzungsperiode 1965-1966, Tagung vom 23. bis 26. November 1965, S.38.

dazu auf, das Kapitel IV des General Agreement on Tariffs and Trade (GATT)-Abkommens zu ratifizieren. Dieses Kapitel war auf Wunsch der Entwicklungsländer am 8. Februar 1965 nachträglich in das GATT-Abkommen aufgenommen worden, da viele Entwicklungsländer das ursprüngliche GATT-Abkommen als nicht adäquat für ihre Situation betrachtet hatten. Das neue Kapitel IV sah verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der Weltmarktbedingungen für Produkte aus Entwicklungsländern sowie zur Stabilisierung der Preise von Exportprodukten der Entwicklungsländer und eine Reduzierung der Abhängigkeit vieler Entwicklungsländer von der Ausfuhr einer begrenzten Anzahl von Grundstoffen vor. Trotz der konstruktiven Haltung der EG in diesen Fragen, die sie schon auf der UNCTAD-Konferenz 1964 zeigte, blieb die Stabilisierung der Preise für Produkte aus den Entwicklungsländern vorerst weiter eine offene Forderung der G-77.²⁵ Mit der Entschiebung von 1965 erhöhte das EP und daran anknüpfend die SF mit ihrer Fraktionsrichtlinie von 1967 den Druck auf die Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission, das Kapitel IV des GATT-Abkommens in die Praxis umzusetzen.

Ein weiterer in der SF-Richtlinie enthaltener Aspekt betraf Ausgleichszahlungen der Industrieländer für Überschusserzeugnisse, die dem Handel mit den Entwicklungsländern entsprechen und vor allem zur Diversifizierung der Produktion der Entwicklungsländer verwendet werden sollten. Hier nahm die SF eine weitere Forderung in die Fraktionsrichtlinie auf, die auf der Liste der G-77 stand. Die SF stufte diesen Punkt in der Diskussion um eine künftige Entwicklungshilfepolitik als besonders wichtig ein, „denn keine vernünftige Marktorganisation kann das Ziel haben, ewig die Produktion von Überschüssen zu finanzieren“.²⁶ Nach Auffassung der SF sollte zur Regulierung bzw. Stabilisierung der Märkte der Disziplin auf dem Gebiet der Preise und der Finanzierung eine Disziplin auf dem Gebiet der Produktion gegenüberstehen.

Mit Blick auf das Jaunde-Abkommen und einer Verlängerung dessen hielt die SF in ihrer Fraktionsrichtlinie fest, dass die EG solange die Hilfe, die sie den Entwicklungsländern gewährte, nicht einstellen könne, solange eine Besserung der Weltmarktlage keine gleichwertigen Sicherheiten biete. Die SF schloss eine protektionistische Handelspolitik gegenüber den mit der EG assoziierten Entwicklungsländern aus. Beim ihrem 8. Kongress Ende Juni 1971 in Brüssel bestätigte die SF gemeinsam mit den Vertretern der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der Gemeinschaft beim Verbindungsbüro diese Haltung und betonte,²⁷ eine faire wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern würde den besten Beweis dafür liefern, dass die EG nicht nur ihr eigenes Interesse verfolge, sondern sich ihrer Ver-

-
25. Vgl. z.B. D.A. IRWIN, P.C. MAVROIDS, A.O. SYKES, *The Genesis of the GATT*, Cambridge University Press, Cambridge u.a., 2008, S.124.
 26. HAEU, GSPE-000006, Sozialdemokratische Europa Korrespondenz. Die Entwicklungshilfe und die Beziehungen der Europäischen Gemeinschaft zu den Entwicklungsländern und insbesondere zu den assoziierten afrikanischen Staaten und Madagaskar. Von der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament ausgearbeitete Richtlinie, 12.11.1967.
 27. Da das Sekretariat der SF zugleich als Sekretariat für das Verbindungsbüro fungierte, lief die Organisation für Kongresse ohnehin in dieser einen Zentrale zusammen.

antwortung für die Weltwirtschaft bewusst sei. Dementsprechend erklärten die SF und die nationalen Vertreter der Mitgliedsparteien, sich auf EG-Ebene und in den Mitgliedstaaten dafür einzusetzen, dass eine entsprechende Politik in der Gemeinschaft realisiert würde.²⁸ In diesem Sinne war ein erfolgreicher Verlauf des Nord-Süd-Dialogs ein Hauptanliegen der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten.²⁹

Auf der Tagesordnung des Europäischen Parlaments: Die UN-Konferenzen für Handel und Entwicklung 1968/1972 und die Fortführung des ersten Jaunde-Abkommens

Das Ziel der UNCTAD-Konferenzen bestand nicht nur aus der Sicht der Entwicklungsländer darin, die immer tiefer werdende Kluft zwischen den reichen Industrieländern und armen Entwicklungsländern zu überbrücken. Das EP deutete die haus-eigene Debatte über den Verlauf der zweiten UNCTAD-Konferenz in Neu-Delhi 1968 als eine der wichtigsten des Hauses im parlamentarischen Arbeitszyklus von 1967/68.³⁰ Der im Auftrag des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen erstellte Bericht des Abgeordneten Mario Pedini von der Christlich-Demokratischen Fraktion (CDF) über die Ergebnisse dieser UNCTAD-Konferenz beantwortete die Frage, welche Aufgabe die EG auf dem Gebiet von Handel und Entwicklung mit den Ländern der Dritten Welt zukünftig zu bewältigen hatte. Um auf das Problem der Stabilisierung der Rohstoffpreise zu reagieren, forderte der Bericht die Schaffung eines freien internationalen Markts. Dabei sollte sich die Produktion nach dem Handel richten und die Industrieländer sollten durch ihre Wirtschaftshilfe den Aufschwung der Entwicklungsländer ermöglichen, indem sie deren Produktions- und Wettbewerbsfähigkeit verbesserten.³¹ In der durch den Bericht begründeten Entschließung befürwortete das EP

„die Empfehlungen der [UNCTAD] Konferenz hinsichtlich der Grundergebnisse, denen zufolge alle Anstrengungen unternommen und die geeigneten Verfahren festgelegt werden müssen, damit man für die wichtigsten Rohstoffe zu weltweiten Abkommen gelangt, die eine Stabilisierung dieser Märkte auf einem lohnenden Niveau gewährleisten“³²

-
28. HAEU, GSPE-000006, 8. Kongress der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, 28., 29. und 30.06.1971, Allgemeine Entschließung.
 29. IISH, Archief Sicco L. Mansholt (ASM), Box 272, Entwurf eines Protokolls, Außerordentliche Sitzung der Sozialistischen Fraktion und des Büros der sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft, Brüssel, 29.05.1972.
 30. Amtsblatt der EG (ABI.), Verhandlungen des EPs, Nr. 98, Januar 1968, (Ausgabe in deutscher Sprache) S.164-172; ABI., Verhandlungen des EPs, Nr.105, Juli 1968, S.179-195.
 31. CARDOC, EP Sitzungsdokumente, 01.07.1968, Dok.86, Bericht im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen über die Ergebnisse der zweiten Tagung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen.
 32. ABI. der EG, Nr. C 72, 19.07.1968, S.51, Entschließung über die Ergebnisse der zweiten Tagung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen.

Mit dem Bericht des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen und der Entschließung zu den Ergebnissen der zweiten UNCTAD-Konferenz reagiert das EP sowohl auf die Forderung der Industrieländer nach der Schaffung eines freien internationalen Markts zu Liberalisierung des Handels als auch auf die Forderung der Entwicklungsländer nach einer umfassenden Marktregulierung zu deren Gunsten. Aufgrund dieses tiefgreifenden Meinungsunterschieds konnte in Neu-Delhi auf dem Gebiet der Liberalisierung des Handels und der Preise zwischen den Ländern des Nordens und des Südens keine Einigung erzielt werden.³³ Obwohl der Bericht des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen eher auf eine Liberalisierung des Handels drängte und somit nicht dem Anliegen der Entwicklungsländer entsprach, blieb die Kritik der SF an diesem Bericht schwach. Hingegen entsprach die Entschließung mit dem deutlichen Appell zu weltweiten Abkommen für wichtige Grund-erzeugnisse zur Regulierung und Stabilisierung dieser Märkte der Vorgabe der internen Richtlinie der SF von 1967 und sie stimmte dem Entschließungsantrag ohne Änderungsantrag zu.³⁴

Als weitere zentrale Aufgabe der EG nannte der Bericht des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen, dass sich die Gemeinschaft mit der Frage der Erneuerung der Assoziation mit den afrikanischen Staaten zu befassen hatte. Hierzu kündigte das EP an, bei den Verhandlungen zur Fortführung des Jaunde-Abkommens einen Beitrag leisten zu wollen.³⁵ Die gemeinsame grundsätzliche Formel aller Fraktionen dafür lautete, dass das Jaunde-Abkommen fortgeführt werden musste. Eine Aussprache über die Erneuerung des Abkommens stand im Oktober 1968 auf der Tagesordnung des EPs. Auch hier nahm die Lösung des Problems der Stabilisierung von Grundstoffpreisen eine zentrale Stelle ein. Im Namen der SF führte der Abgeordnete Spénale das Wort und verwies darauf, dass die UNCTAD-Konferenzen in Genf und in Neu-Delhi für die Entwicklungsländer insofern eine Enttäuschung gewesen waren, da diese keinen Fortschritt bei der Stabilisierung der Weltmarktpreise für Grunderzeugnisse gebracht hatten.³⁶ Die SF befürwortete daher die Forderung des Berichts des Ausschusses für die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern und Madagaskar über die Erneuerung des Abkommens, eine Verbesserung des Handelsaustauschs innerhalb der Assoziation durch Beihilfen zur Abschwächung der Folgen bei Preisrückgängen bestimmter Ausfuhrerzeugnisse der AASM-Staaten zu realisieren. Hierzu hatten die AASM-Staaten die Einrichtung eines EG-Stabilisierungsfonds für Grunderzeugnisse der Entwicklungsländer gefordert. Die sechs Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission hatten die Schaffung eines solchen separat vom bereits bestehenden Europäischen Entwicklungsfonds jedoch zunächst zurückgewie-

-
33. CARDOC, EP Sitzungsdokumente, 01.07.1968, Dok.86, Bericht im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen über die Ergebnisse der zweiten Tagung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen.
 34. Hierzu die Redebeiträge der beiden zur SF gehörenden Abgeordneten Herbert Kriedemann und Ernest Glinne, ABl., Verhandlungen des EPs, Nr.105, Juli 1968, S.184-185, S.187-188.
 35. CARDOC, EP Sitzungsdokumente, 01.07.1968, Dok.86, Bericht im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen über die Ergebnisse der zweiten Tagung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen.
 36. ABl., Verhandlungen des EPs, Nr. 106, September/Oktober 1968, S.129.

sen.³⁷ In der gemeinsamen parlamentarischen Versammlung der Assoziation EG/AASM unterstützten die Fraktionen des EPs die Forderung der AASM-Staaten und riefen die Kommission dazu auf, die Möglichkeiten für einen Stabilisierungsfonds für tropische Produkte zu prüfen.³⁸ In den weiteren Verhandlungen mit den AASM-Staaten erklärten sich die sechs Mitgliedstaaten schließlich dazu bereit, innerhalb des Europäischen Entwicklungsfonds einen zusätzlichen Reservefonds über lediglich 65 Millionen Dollar einzuführen, der die Verluste der assoziierten afrikanischen Länder aufgrund der Minderung der Weltmarktpreise für Grunderzeugnisse ausgleichen sollte. Zwar stellte dieser Stabilisierungsfonds nicht die von den AASM-Staaten zusätzlich gewünschten Ressourcen zur Verfügung, er war aber dennoch eine Weiterentwicklung des Jaunde-Abkommens und ein Vorläufer des STABEX-Systems des Lomé-Abkommens.³⁹

In der Nachbetrachtung des Verlaufs der UNCTAD-Konferenz in Neu-Delhi kritisierte das EP, dass die Gemeinschaft nicht in der Lage gewesen war, dort als Einheit aufzutreten und die Europäische Kommission kein Mandat zumindest in jenen Sektoren erhalten hatte, für die die Gemeinschaft allein zuständig war, als einzige Sprecherin aufzutreten.⁴⁰

Auch die Arbeiten und Diskussionen des EPs für die vier Jahre später stattfindende dritte UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile 1972 waren zunächst von der Frage dominiert, ob die Gemeinschaft dort als Einheit auftreten und die Europäische Kommission die Rolle des Sprechers einnehmen würde.⁴¹ In der zur Vorbereitung der dritten UNCTAD-Konferenz angesetzten Aussprache stellte der Abgeordnete Ludwig Fellermaier stellvertretend für die SF klar, dass die Gemeinschaft auf dieser Konferenz nicht bestehen könnte, wenn sie dort nicht mit einer Stimme spreche. Die anderen Fraktionen teilten diese Auffassung der SF. Beispielsweise unterstrich der Abgeordnete Maurits Dewulf von der CDF, dass die Gemeinschaft in Santiago de Chile als geschlossene Einheit aufzutreten habe.⁴² Entsprechend sprach auch die im Auftrag des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen vom Abgeordneten Pierre-Bernard Cousté, Mitglied der Fraktion der Europäischen Demokratischen Union (FEDU), ausgearbeitete Entschließung vom 12. April 1972 zur Dritten Tagung der UNCTAD eine deutliche Sprache. Darin betonte das EP,

-
37. Vgl. M. LISTER, op.cit., S.46.
38. CARDOC, EP Sitzungsdokumente, 30.09.1968, Dok.137, Bericht im Namen des Ausschusses für die Beziehungen zu den afrikanischen Ländern und Madagaskar über die Erneuerung des Abkommens von Jaunde.
39. Vgl. M. LISTER, op.cit., S.46 ff.
40. ABI. der EG, Nr. C 72, 19.07.1968, S.51, Entschließung über die Ergebnisse der zweiten Tagung der Welthandels- und Entwicklungskonferenz der Vereinten Nationen.
41. Zur Frage der einheitlichen Repräsentation der EG in anderen internationalen Kontexten siehe z.B. A.E. GFELLER, *A European Voice in the Arab World: France, the Superpowers and the Middle East, 1970-1974*, i.E.; A.E. GFELLER, *Imagining European Identity: French Elites and the American Challenge in the Pompidou-Nixon Era*, in: *Contemporary European History*, 19(2010), S. 133-149; D. MÖCKLI, *European Foreign Policy During the Cold War: Heath, Brandt, Pompidou and the Dream of Political Unity*, Tauris, London, 2009.
42. ABI., Verhandlungen des EPs, Nr.148, März 1972, S.38 ff.

„dass die Gemeinschaft auf der Konferenz unbedingt als eine geschlossene Einheit auftreten muss, um eine Politik der Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe zu fördern [...] fordert deshalb, dass für diejenigen Sektoren, die bereits in die ausschließliche Zuständigkeit der Gemeinschaft fallen (Handelspolitik, insbesondere die Handelsabkommen, Agrarpolitik, Assoziationspolitik) der Kommission die Rolle des gemeinsamen Sprechers übertragen wird“.⁴³

Die Europäische Kommission verstand das Datum der dritten UNCTAD-Konferenz im April und im Mai 1972 als einen ersten Abgabetermin, um neue und generelle Vorgaben zur weiteren Ausgestaltung der gemeinschaftlichen EG-Entwicklungshilfepolitik auszuarbeiten. Hierzu legte die Kommission im Juli 1971 ein Memorandum vor, das neue Initiativen für Abkommen der Gemeinschaft mit den Entwicklungsländern zu Sicherung der Preise von Grundstoffen wie beispielsweise Kakao, Tee oder Jute verlangte, falls diese nicht auf Weltebene zustande kommen sollten.⁴⁴ Im EP herrschte in der Frage des inhaltlichen Vorgehens der Gemeinschaft auf der UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile im Bereich der Handelspolitik ebenso Konsens wie bei der deutlichen Forderung nach einem gemeinsamen Sprecher. Die Vorschläge des Memorandums der Europäischen Kommission aufgreifend, sollte nach Ansicht des EPs für die Gemeinschaft und die Mitgliedstaaten die Begünstigung der wirtschaftlichen Diversifizierung der Entwicklungsländer und insbesondere der am wenigsten entwickelten Länder, die auf den Export von nur einem oder zwei Rohstofferzeugnissen angewiesen waren, durch Änderungen der Wirtschaftsstruktur ein Leitprinzip sein. Die einzelnen für den Export der Entwicklungsländer wichtigen Grunderzeugnisse sollten von der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten aktiv verhandelt werden, um Probleme wie die Anpassung der Produktion, Handelshinderisse, Preispolitik und Konsumsteigerung zu lindern.⁴⁵ Das EP legte in diesem Zusammenhang Wert auf den Hinweis, dass die parlamentarische Versammlung der Assoziation EG-AASM in ihrer Entschließung vom Januar 1972 die EG und auch die AASM-Staaten bereits dazu aufgefordert hatte, bei der bevorstehenden UNCTAD-Konferenz wirksame Maßnahmen zu fördern, durch die der Handel von Grundstoffen auf Weltebene geregelt werden sollte, da dies eine wichtige Voraussetzung für den wirtschaftlichen Erfolg der Dritten Welt darstelle.⁴⁶

Wie der amtierende Präsident der Kommission, Sicco Mansholt, dem EP in einer Aussprache über das Vorgehen der Gemeinschaft noch während der in Santiago de Chile laufenden UNCTAD-Konferenz im Mai 1972 berichtete, trat die Kommission dort schließlich als Wortführer der EG auf. Bei seiner Rede auf der UNCTAD-Pleinarsitzung stützte sich Mansholt nicht nur auf die Entschließung des EPs, sondern

-
43. ABl. der EG, Nr. C 36, 12.04.1972, S.23, Entschließung zur Vorbereitung der dritten Tagung der UNCTAD (Santiago de Chile, 13.04.-19.05.1972).
 44. Commission Memorandum on a Community policy for development co-operation (27 July 1971), in: *Bulletin of the European Communities*, Supplement n°.5/71 – Annex to Bulletin 9/10-1971.
 45. ABl. der EG, Nr. C 36, 12.04.1972, S.23, Entschließung zur Vorbereitung der dritten Tagung der UNCTAD.
 46. CARDOC, EP Sitzungsdokumente 1971-1972, 13.03.1972, Dokument 278/71, Bericht im Namen des Ausschusses für Außenwirtschaftsbeziehungen über die Vorbereitungen der Dritten Tagung der UNCTAD.

übergab diese auch der UNCTAD als Arbeitsdokument.⁴⁷ Als Mitglied der niederländischen *Partij van der Arbeid* (PvdA) beteiligte sich Mansholt ebenfalls an der Arbeit der SF sowie des Verbindungsbüros der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der EG und verstand die Entwicklung der Länder der Dritten Welt als eine Hauptherausforderung der EG.⁴⁸ Mansholt warb in seinen Ausführungen in Santiago de Chile für bessere und stabilere Konditionen auf den Weltmärkten für Grunderzeugnisse von Entwicklungsländern zum Ausgleich unvorhersehbare Preis schwankungen.⁴⁹ Nicht überraschend, betonte die SF, dass sie die Erklärungen von Mansholt in Santiago de Chile unterstützte.⁵⁰

Das Europäische Parlament und die Verhandlungen über das Lomé-Abkommen

Erste Verhandlungen zum späteren Lomé-Abkommen mit den AKP-Staaten fanden im Juli 1973 in Brüssel statt. Die Verhandlungsführung für die Gemeinschaft lag nun fest in der Verantwortung der Europäischen Kommission.⁵¹ Das EP widmete sich den Verhandlungen erstmals umfassend, als diese sich bereits dem Endstadium näherten. Auf der Ministerkonferenz von Kingston unter Beteiligung der 46 AKP-Staaten und der Delegationen der EG-Mitgliedstaaten war die Einführung eines Systems zu Stabilisierung der Exporterlöse im Grundsatz beschlossen worden.⁵² Mit Colette Flesch von der Fraktion der Liberalen benannte der Ausschuss für Entwicklung und Zusammenarbeit des EPs eine Berichterstatterin für die Verhandlungen der EG mit den AKP-Staaten erst in seiner Sitzung im Oktober 1974. Wie der Vertreter der Kommission in dieser Ausschusssitzung darlegte, waren zu diesem Zeitpunkt jedoch noch weitere Diskussionen vor allem bezüglich der Stabilisierung von Exporterlösen notwendig, da noch kein einvernehmliches Übereinkommen über die konkreten Mechanismen des Preisstabilisierungssystems getroffen worden war und die AKP-Staaten mehr Produkte in die Liste des STABEX-System aufnehmen wollten, als es der Vorschlag der Kommission vorsah.⁵³

Das EP bewertete das System zur Stabilisierung der Exporterlöse als wesentliche Innovation des neuen Assoziierungsabkommens⁵⁴ und begrüßte dessen Einführung als seinen bisherigen Entschließungen entsprechend. Zur Lösung der Frage, welche

47. ABl., Verhandlungen des EPs, Nr.150, Mai 1972, S.52.

48. Vgl. G. GARAVANI, op.cit., S.316.

49. IISH, ASM, Box 213, Statement of Mr. Sicco Mansholt, President of the Commission of the European Communities in the plenary meeting of UNCTAD III, 17.04.1972.

50. ABl. Verhandlungen des EPs, Nr.152, Juli 1972, S.70.

51. Vgl. L.J. BRINKHORST, op.cit., S.10.

52. Vgl. z.B. L. REYELS, op.cit., S.149.

53. CARDOC, European Parliament, Committee on Development and Cooperation, Minutes of the meeting of 9 October 1974.

54. ABl. der EG, Nr. C 5, 08.01.1975, S.24, Entschließung über die Verhandlungen der EWG mit den AKP-Ländern zur Erneuerung und Erweiterung der Assoziation.

Grunderzeugnisse in das STABEX-System aufgenommen werden sollten, schlug die Berichterstatterin Flesch des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit einen Kompromiss zwischen den AKP-Staaten und der Gemeinschaft vor.⁵⁵ Um eine Einigung bei der Auswahl der in das STABEX-System aufzunehmenden Produkte zu realisieren, sah ihr Bericht die folgenden Kriterien vor: Beschäftigungslage; Rückgang der Exporterlöse; Schwankungen auf dem Weltmarkt, die die Exporte in Drittländer beeinträchtigten; Verschlechterung der ‘terms of trade’ zwischen den betroffenen AKP-Ländern und der Gemeinschaft; Entwicklungsgrad und Schwierigkeiten, die auf die geographische Lage bestimmter Länder zurückzuführen waren. Unbedingt in das STABEX-System aufgenommen werden sollten jene Grunderzeugnisse, die für die ärmsten Länder der Assoziation (von den 46 durch das Lomé-Abkommen zu assoziierenden Ländern gehörten 17 zu den ärmsten Ländern weltweit) von lebenswichtiger Bedeutung waren.

Die SF unterstützte diesen Kompromissvorschlag sowie den gesamten von Flesch erstellten Bericht über die Verhandlungen zwischen der EG und den AKP-Staaten.⁵⁶ Das neue Assoziationsabkommen verstand die SF hinsichtlich des STABEX-System als ein Abkommen mit politischer Tragweite, da dadurch auf internationaler Ebene ein Präzedenzfall zur Preisstabilisierung von Produkten aus Entwicklungsländern geschaffen wurde und auf die Bemühungen der Entwicklungsländer eine praktische Reaktion erfolgte. Darüber hinaus war die SF einhellig der Auffassung, dass bei dem Übergang vom Jaunde- zum Lomé-Abkommen die Kontinuität gewahrt werden sollte.⁵⁷ Über die inhaltlichen Aspekte des Jaunde-Abkommen hinaus meinte die SF damit insbesondere eine rechtzeitige Unterzeichnung und schnelle Ratifizierung durch die nationalen Parlamente, damit das neue Abkommen sofort bei Ablauf des alten in Kraft treten konnte.⁵⁸

Insgesamt beurteilte das EP das Lomé-Abkommen als bahnbrechenden Fortschritt in der Entwicklungshilfepolitik der EG und in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen.⁵⁹ Das EP sah in dem im April 1976 mit all seinen Bestimmungen in Kraft getretenen Abkommen ein neues Modell der Beziehungen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, das mit den Bestrebungen der Völkergemeinschaft zur Schaf-

-
55. CARDOC, EP Sitzungsdokumente 1974-1975, 09.12.1974, Dokument 388/74, Bericht im Namen des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit über die Verhandlungen der EWG und AKP-Länder zur Erneuerung und Erweiterung der Assoziation.
56. ABI., Verhandlungen des EPs, Nr.184, Dezember 1974, S.96.
57. Ibid., S.94.
58. In der Aussprache des EPs im Dezember 1974 über den Stand der Verhandlungen verlangte daher im Namen der SF der Abgeordnete Ernest Glinne eine Stellungnahme der Kommission, ob deren Zeitplan eingehalten werden konnte und die Unterzeichnung des Abkommens, wie vorgesehen, Ende Januar 1975 stattfinden würde. Ibid., S.95.
59. Neuere historische und politikwissenschaftliche Forschungen interpretieren einige Elemente des ersten Lomé-Abkommens als weit weniger bahnbrechend für die damalige Zeit. So hätten unter anderem Systeme zur Stabilisierung von Exporterlösen anderweitig bereits zuvor bestanden. Siehe z.B. L. DRIEGHE, J. ORBIE, op.cit..

fung einer gerechteren und ausgewogeneren Wirtschaftsordnung vereinbar war.⁶⁰ Im Lomé-Abkommen und der damit verbundenen Einführung des STABEX-Systems erkannte das EP einen Beleg für den politischen Willen der EG, mit den Entwicklungsländern eng zusammenzuarbeiten. Damit dieser politische Willen weiterhin aufrecht erhalten und untermauert wurde, forderten die verschiedenen Sprecher der EP-Fraktionen in der Aussprache am 10. Dezember 1974 über den Stand der Verhandlungen der EG mit den AKP-Staaten den anwesenden Leiter der Verhandlungsdelegation der Europäischen Kommission, Claude Cheysson, dazu auf, noch ungeklärte Verhandlungsfragen erfolgreich zu Ende zu führen.⁶¹ Hierzu gehörte auch die noch offene Liste über die Grunderzeugnisse, die in das STABEX-System aufgenommen werden sollte. In den Verhandlungen zum Lomé-Abkommen erreichten die Verhandlungsführer der AKP-Staaten schließlich eine Einigung mit den Verhandlungsführern der EG, wobei die ursprüngliche Liste von acht Produkten auf zwölf Produkte erweitert wurde.⁶²

Keine Fraktion scherte in der positiven Bewertung des EPs über das Lomé-Abkommen aus. Beispielsweise verstand die Kommunistische Fraktion das Abkommen als Ansatzpunkt für ein neues Gefüge und gerechteres Verhältnis zwischen armen und reichen Ländern. Nach Ansicht der CDF stellte das Lomé-Abkommen einen Wendepunkt in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern dar.⁶³ Die SF erachtete in dem Assoziationsabkommen ein gutes Beispiel für eine neue Form der Kooperation zwischen Industrie- und Entwicklungsländern, bei dessen Verwirklichung auch einige ihrer langjährigen entwicklungspolitischen Ziele zu einem politischen Faktum geworden waren.⁶⁴ Die Übereinstimmung in der positiven Bewertung des Lomé-Abkommens durch die EP-Fraktionen begründete sich jedoch auch durch die damit erzielte Befriedigung der gemeinsamen europäischen Interessen. Da die Gemeinschaft darauf angewiesen war, Grunderzeugnisse wie sie in das STABEX-System aufgenommen wurden, außerhalb der Gemeinschaft zu kaufen, war eine gemeinschaftliche Haltung der EP-Fraktionen auch durch das gemeinsame Interesse an einer Stabilisierung der Preise von Exportprodukten aus den Entwicklungsländern bedingt.

-
60. ABl. der EG, Nr. C 257, 10.11.1975, S.26, Entschließung zu dem am 28. Februar 1975 unterzeichneten Abkommen von Lomé zwischen der EWG und Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im pazifischen Ozean.
 61. ABl., Verhandlungen des EPs, Nr. 184, Dezember 1974, S.90 ff.
 62. Vgl. M. LISTER, op.cit., S.81. Das STABEX-System umfasste 12 Produktgruppen: Erdnusswaren; Kakaowaren; Kaffeewaren; Baumwollwaren; Kokosnusswaren; Palm- und Palmkernwaren; Leder, Häute und Felle; Holz; Bananen; Tee; Rohsisal und Eisenerz. Das Lomé-Abkommen findet sich abgedruckt in französischer Sprache unter: Convention ACP-CEE de Lomé (28 février 1975), in: *Journal officiel des Communautés européennes* (JOCE), 30.01.1976, Nr. L 25, S.2.
 63. ABl., Verhandlungen des EPs, Nr.195, Oktober 1975.
 64. Fondation Jean-Jaurès/Centre d'archives socialistes Paris, Fonds Robert Pontillon/Questions internationales 8 FP7, box 244, L'Activité du groupe socialiste au Parlement européen, Rapport présenté devant le X^e Congrès de l' Union des partis socialistes de la Communauté européenne par Ludwig Fellermaier, Président du groupe socialiste au Parlement européen, Bruxelles 10-12.01.1979.

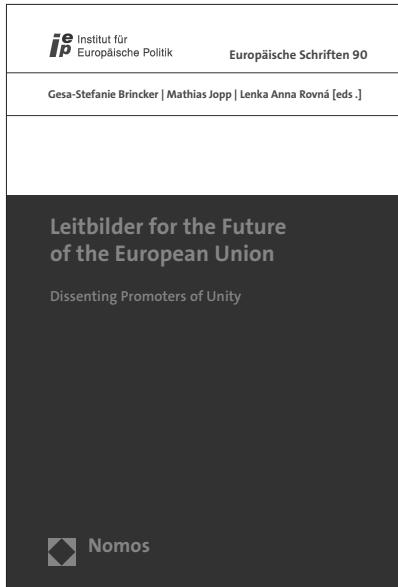
Moralische Kraft durch Konsens

Das EP war stets darauf bedacht, sich zum Vorgehen der Gemeinschaft bei den UNCTAD-Konferenzen oder zum Verlauf der Verhandlungen über das Jaunde-Abkommen oder das spätere Lomé-Abkommen zu äußern sowie eine Tendenz und seine Überzeugung bekanntzugeben. Vor dem Hintergrund seiner primären Aufgabe in den 1960er und 1970er Jahren, die Politik der Europäischen Kommission und des Europäischen Rats zu bewerten, versuchte sich das EP dabei als Diskursmacht in der EG-Politikarena zu bewähren. Die Berichte und Entschließung des EPs sollten dabei wie eine Stimulans für die politischen Entscheidungen oder Handlungen der Kommission und des Rats bei der Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfepolitik wirken. So setzte das EP die Forderung nach einer Stabilisierung der Exporterlöse von Grunderzeugnissen immer wieder auf die Agenda der entwicklungspolitischen Diskussion der Gemeinschaft. Darüber hinaus konnte das EP durch diese fortwährend aufrechterhaltene Forderung seine Position im Bereich der Handelsfragen über die wirtschaftliche Zusammenarbeit der EG mit den Entwicklungsländern festigen. Zum einen speiste das EP die auf den UNCTAD-Konferenzen von den Entwicklungsländern gestellten Forderungen teilweise in die entwicklungspolitische Diskussion der EG ein. Zum anderen formulierte es aber auch Kriterien, von denen sich die Vertreter der Kommission oder des Rats bei ihrem Vorgehen zur Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfepolitik sowohl bei den UNCTAD-Konferenzen als auch bei den Verhandlungen zum Lomé-Abkommen leiten lassen sollten. Dass die Kommission die Arbeit und die daraus geborenen Vorgaben des EPs nicht ignorierte, zeigt das Beispiel der auf einer EP-Entschließung aufgebauten Rede des amtierenden Kommissionspräsidenten bei der dritten UNCTAD-Konferenz in Santiago de Chile 1972. Somit lag der Einfluss des EPs im Gefüge der Gemeinschaft in diesem Zeitabschnitt in der diskursiven Beeinflussung der Politik der Gemeinschaft.

Dieser Einfluss hatte jedoch nur solange Bestand, wie das EP, basierend auf Konsensescheidungen, eine deutliche Position zu entwicklungspolitischen Themen beziehen konnte. Da das EP in den 1970er Jahren ohnehin nur wenige Politikgestaltungs- und Mitwirkungsoptionen besaß, gelang es den Fraktionen jedoch relativ leicht, Konsensescheidungen herbeizuführen, wobei inhaltliche Gegensätze häufig durch Kompromisse – wie etwa Regulierung der Märkte von wichtigen Grunderzeugnissen, aber nur bei gleichzeitiger Liberalisierung der Märkte der Entwicklungsländer – überdeckt wurden. Dies erklärt zugleich, weshalb die SF, obwohl sie das Nord-Süd-Problem als eines ihrer Hauptanliegen einordnete, nur wenige entscheidende Akzente in der Arbeit des EPs im Bereich der Entwicklungshilfepolitik setzte. Statt ein eigenes Fraktionsprofil bei der Arbeit des EPs unter Beweis stellen zu wollen, beteiligte sich die SF an der politischen Konsensbildung des EPs. Diese Haltung der SF sowie auch der anderen Fraktion spiegelt das Hauptcharakteristikum der Arbeit des EPs im Politikfeld Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit im Rahmen des Nord-Süd-Dialogs wider. Auf dieser Grundlage gelang es dem EP als

moralische Kraft einen positiven Beitrag zur weiteren Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Entwicklungshilfepolitik der Gemeinschaft zu leisten.

Herausforderung EU



Leitbilder for the Future of the European Union

Dissenting Promoters of Unity

Herausgegeben von Gesa-Stefanie Brincker, M.E.S., Prof. Dr. Mathias Jopp und Prof. Dr. Lenka Anna Rovná
2011, 420 S., brosch., 69,- €
ISBN 978-3-8329-4845-0
(Europäische Schriften, Bd. 90)
nomos-shop.de/13326

Vertragsreformen, EU-Haushaltsdebatten, Vergrößerung der Euro-Zone: Die Europäische Integration stand zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor großen Herausforderungen. Der vorliegende Band analysiert, wie diese Entwicklungen, besonders der Weg zum Vertrag von Lissabon, in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten erlebt wurden. Er vergleicht zudem, wie die verschiedenen Akteure in sieben ausgewählten Ländern auf diese Veränderungen und die wachsende Heterogenität innerhalb der EU reagiert haben, und wie diese Entwicklungen ihre Leitbilder für die Zukunft der EU geformt haben.

Die Vorgehensweise dieser Untersuchung basiert auf der Annahme, dass Leitbilder als Schlüsselfaktor in der EU-Entwicklung gesehen werden können. Die Analyse von Leitbildern alter und neuer Mitgliedstaaten beantwortet die Frage, in welcher Weise sich das Spektrum der europapolitischen Leitbilder durch die Erweiterung verändert hat. Ebenso wird untersucht, ob es, als Konsequenz aus der potentiell steigenden Heterogenität innerhalb der EU, vorhersehbare Tendenzen hin zu einer größeren Fragmentierung, Kontinuität oder Neuerfindung gibt.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder
versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de

